**Landkreis/Stadt/Region**

**(Ausländerbehörde)**

Kopfbogen der Ausländerbehörde

Landeskriminalamt Niedersachsen

Dezernat 22

z.Hd. Frau Pfeiffer

Schützenstr. 25

30161 Hannover

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom Mein Zeichen (Bei Antwort angeben) Tel. Nr. Ort, Datum

                 

**Abschiebungs-/Zurückschiebungsersuchen / Überstellung im**

**DÜ -Verfahren**

Der/Die u.g. Ausländer/in ist vollziehbar zur Ausreise verpflichtet.

Name:

Vorname:

Geschlecht:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Staatsangehörigkeit:

Meldeadresse:

ggf abweichender Aufenthaltsort:

JVA:

Familienangehörige: (bitte Familienangehörige nachstehend aufführen)

Es wird gebeten, die Abschiebung/Überstellung nach       durchzuführen.

Die Maßnahme kann ab sofort / mit einem Vorlauf von       Wochen eingeleitet werden.

Zum Zweck der Abschiebung übersende ich folgende Unterlagen:

Formblatt KP 21 (Ausschreibung zur Festnahme in INPOL und ggf. auch SIS)

Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung (z.B. Bescheid des Bundesamtes) oder Ausweisungsverfügung (jeweils zweifach)

vorhandene ID-Papiere:

(Art, Nr., Gültigkeit: )

Rückübernahmezusagen

ärztliche Bescheinigungen zur Feststellung der Reisefähigkeit

Medikamentenliste

Anlagen 1.1a und 1.1b der Best.- Rück Luft (einfach)

sonstige Hinweise und Informationen zu Besonderheiten, die für die abzuschiebende Person bei der Vorbereitung und Durchführung der Abschiebung zu beachten sind (ärztl. Begleitung, Sicherheitsbegleitung, medizinische Hilfsmittel, etc.)

Wenn ja, nähere Angaben:

Kostenübernahmeerklärung bei Amtshilfeersuchen durch andere Bundesländer

Haftbeschluss

ggf. Beschluss der Staatsanwaltschaft, gem. § 456a StPO zur vorzeitigen Haftentlassung

Strafrechtliche Verurteilungen:

Strafrechtliche Ermittlungsverfahren:

Aufenthaltsdauer seit der letzten Einreise:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| bis 3 Jahre | 3 bis 5 Jahre | 5 bis 7 Jahre | 7 bis 10 Jahre | 11 Jahre und länger |
|  |  |  |  |  |

Voraufenthalte im Bundesgebiet  Ja  Nein

Freiwillige Rückkehr

Eine Beratung über die Vorteile einer freiwilligen Rückkehr und eine Information über gegebenenfalls in Betracht kommende Fördermöglichkeiten sind erfolgt

Ja

Nein

Härtefallverfahren

Belehrung über die Möglichkeit der Anrufung der Härtefallkommission erfolgt

Ja

Nein

Ergebnis (mögliches) Härtefallverfahren:

Die Voraussetzungen für die Erteilung eines asylverfahrensunabhängigen – insbesondere humanitären – Aufenthaltsrechts (§§ 25a, 25b und 25 Abs. 5 AufenthG i.V.m. Art. 8 EMRK) wurden geprüft und werden nicht erfüllt:

Ja  Nein

Ich bitte um telefonische Mitteilung des Abschiebungstermins.

Im Auftrage